

# Kreisblatt und Anzeiger

für den Kreis und die Stadt Krotoschin.

Engerer Verbreitungsbezirk:

Krotoschin Stadt und Kreis, Adelnau, Jaroschin, Kosmin, Müllsch,  
Oßrow, Pleschen, Rawitsch.

Redaktion, Druck und Verlag von Fritz Lach, Krotoschin.

**Inserate**  
die 1-sp. Zeile ob. deren  
Raum 15 Bg. die 2-sp.  
Zeile 30 Bg. Im Re-  
klameteil pro Zeile 35 Bg.  
**Annahme der Inserate**  
bis spätestens 9 Uhr  
am Erscheinungstage.

**Erscheint**  
jeden Dienstag, Donner-  
stag und Sonnabend.

**Bezugspreis**  
vierteljährlich 1,95 Mk.  
Durch den Briefträger ins  
Haus gebracht 24 Bg.  
mehr.

Nr. 2.

— Fernruf 145. —

Krotoschin, Sonnabend, den 4. Januar 1919.

— Fernruf 145. — 71. Jahrgang.

## Amtlicher Teil.

Das Demobilisationsamt ist durch den Rat der Volksbeauftragten unter Leitung von Staatssekretär Koeth eingesetzt. Als Beauftragter des Volkzugsrats des A. und S.-Rats Berlin ist Dr. Löwe bestimmt.

Estrebt wird die möglichst einheitliche Durchführung aller Maßnahmen. Dabei ist die Berücksichtigung besonderer örtlicher Verhältnisse keineswegs ausgeschlossen.

Die alten Behörden müssen für die jetzt, sehr schwierige Uebergangssituation weiterarbeiten können. Sämtliche Behörden unterliegen der Kontrolle des Volkzugsrats. Die schon sehr schwierige Verteilung der Lebensmittel, Rohstoffe usw. wird durch örtliche Eingriffe, Beschlagnahme, Verzögerung des Transports usw. aufs schwerste gefährdet. Im Interesse der Allgemeinversorgung bitten wir ganz besonders von solchen eigenmächtigen Eingriffen abzusehen. Alle Beschwerden über mangelhafte Verteilung oder dergl. sind unter Angabe des Sachverhalts an den zuständigen Demobilisationskommissar (in Preußen die Regierungspräsidenten) oder die Demobilisationsausschüsse (in Preußen die Kreisräte) zu richten.

Die für alle Teile wichtigste Aufgabe ist jetzt die Bewältigung des möglichst reibungslosen Uebergangs der Kriegs- zur Friedenswirtschaft. Hierbei muß wieder oberster Grundgedanke die Verhütung von Arbeitslosigkeit sein. Es soll selbstverständlich die sofortige Umstellung der Kriegs- in die Friedensindustrie angestrebt werden. Trotzdem muß gerade im Interesse der Arbeiterschaft selbst eine gewisse Uebergangssituation der Industrie zugelassen werden. Deshalb verlangt nicht um jeden Preis die sofortige Einstellung der Kriegsfabrikation. Ihr macht damit unzählige Kameraden brotlos! Selbst wenn die Industrie eine Weile die Löhne an die unbeschäftigten Arbeiter weiterzugeben imstande ist, so fehlt ihr dann nachher die Möglichkeit sofort weiterzuarbeiten und die alten Löhne zu zahlen. Wo Streitigkeiten über die Umstellungsmöglichkeit der Fabrik, Beschaffung von Friedensaufträgen usw. entstehen, wendet Euch an die Demobilisationsausschüsse oder die Demobilisationskommissare. Auf jeden Fall legt keine Fabrik eigenmächtig Lohm!

Dasselbe gilt für alle Maßnahmen auf dem Gebiete des Ernährungswesens. Die allgemeine Versorgung muß unter allen Umständen sichergestellt werden, und sie wird durch örtliche Eingriffe, Beschlagnahme großer Vorräte, über die schon von den Reichsstellen verfügt ist, schwer gefährdet. Alle alten Lieferungsverträge müssen unbedingt erhalten bleiben, da sonst die Bevölkerung der Großstädte, jetzt noch durch den Zustrom der heimkehrenden Kameraden so stark vermehrt, der Hungersnot ausgesetzt ist.

Ebenso dringend ist die Sicherstellung sämtlicher Betriebsstoffe Kohle, Betriebsöl usw. Ueberlegt auch die Verfügung den alten Behörden die unter genauer Aufsicht arbeiten.

Zu den eigentlichen Maßnahmen der Demobilisation bitten wir Euch, folgende Einrichtungen, soweit sie nicht schon sowieso ausgeführt sind, noch möglichst schnell durchzuführen. Einrichtung einer Auskunftsstelle für die zurückkehrenden Krieger

- a) zur Erlangung der Lebensmittelkarten oder Abgabe der Speiseanstalten.
  - b) Wohnungs bezw. Quartiersangelegenheiten.
  - c) Nachweis von Wädem und Entlausungsanstalt.
  - d) Arzt und Lazarettoberarzt.
  - e) Abgabe des nächstgelegenen Arbeitsnachweises.
- Die Auskünfte sind zum großen Teil durch große, gut sichtbar angebrachte Plakate an allen Bahnhöfen zu geben. In den Auskunftsstellen selber müßte auf die besten Erwerbsmöglichkeiten auf dem Lande auf, die schon jetzt sich in Vorbereitung befindenden großen Beschäftigungspläne, die eine sehr umfangreiche, nicht all-

zuerne Siedlung ermöglichen soll, hingewiesen werden. Nur durch Abwanderung aufs Land wird auch unsere schwierige Ernährungslage eine Besserung erfahren können. Vor dem Zuzug in die schon überfüllten Großstädte ist zu warnen, weil dort Arbeitslosigkeit und Hunger droht.

Ganz besonders müssen alle Kameraden auf die Notwendigkeit, Entlausungsanstalt und Wädem zu benutzen aufmerksam gemacht werden. Jedem einzelnen muß immer wieder die Gefahr durch Krankheit für ihn selbst und seine Umgebung eingepreßt werden, damit er sich bei Zeiten in ärztliche Behandlung begibt.

Die Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt werden wohl noch trotz allen guten Willens sämtlicher beteiligter Stellen eine gute Weile anhalten. Die durch Reichsgesetz eingeführte Arbeitslosenunterstützung soll die größte Not lindern. Es ist und kann aber nur in Notbehelf sein, und so muß Eure Einwirkung auf sämtliche Arbeitgeber, öffentliche Körperschaften wie Privatindustrie, dahin gehen, daß sozial Arbeit bereitgestellt wird, daß kein Mann und keine Frau zu fernem braucht. Denn nur bei Verwendung aller vorhandenen Kräfte wird der Neuaufbau der deutschen Volkswirtschaft gelingen können.

Berlin, S. W. den 26. November 1918.

Beauftragter des Volkzugsrats des Arbeiter- und Soldatenrates beim Demobilisationsamt.  
ges. Dr. Löwe.

Vorstehende Abschrift geben wir hiermit zur Kenntnis.

Krotoschin, den 31. Dezember 1918.

Der Arbeiter- und Soldatenrat.  
W. Fritsch, Hönsch, Stuer.

## Abschrift.

Telegramm aus Berlin, 7. Dezember 1918.

Nach vielen Anzeigen wird von Arbeiter- und Soldatenräten oder anderen nicht berechtigten Stellen Verfügung über Häute- und Ledererzeugnisse in einzelnen Orten des Reiches getroffen. Auch Firmen veräußerten Bestände unbekümmert um Höchstpreise- und Beschlagnahmebestimmung, bei weiterer Dauer derartiger Handlungen ist Versorgung der Beherben insbesondere der mittleren und kleineren gefährdet. Jeder kann dann nicht mehr den einzelnen Interessensvertretungen, Schuhindustrie, Porteffuldenindustrie, Sattlereien usw. ordnungsgemäß zugeeilt werden. Arbeitsnot und weiterer Mangel an Schuhwerk in vielen Teilen Deutschlands die Folge bei vorhandenem Mangel an Rohstoffen in Lederwirtschaft. Aufrechterhaltung der Beschlagnahme und Höchstpreisbekanntmachungen unbedingt notwendig. Bisherige Erleichterungen sind in Bekanntmachung Reichsanzeiger 30. November getroffen. Auch in neutraler Zone gelten bisherige Verordnungen, für besetztes Gebiet ist besondere Anweisung ergangen. Durch Aufklärung bei Firmen, Arbeiter- und Soldatenräten, Arbeitervertretungen der Leder- und Häutebranche für strenge Beachtung der Bestimmungen zu wirken.

Kriegsamt Rohstoffabteilung Nr. 3r. 159 12. 18. Kra.

Abschrift mit dem Ersuchen, bei den örtlichen Arbeiter- und Soldatenräten auf genaueste Beachtung der Bestimmungen über den Verkehr mit Leder- und Häuten hinzuwirken. Bei den Gewerbetreibenden wird die Beachtung durch die Revisoren der Kriegsamtsstelle Bosen geschehen.  
Bosen, den 10. Dezember 1918.

Der Demobilisationskommissar.  
ges.: Kirschstein.

An die Herren Landräte. Tgb. 107 18 J. D.

Abschrift zur gefl. Kenntnisnahme.  
Krotoschin, den 17. Dezember 1918.

Der Landrat.  
ges.: Hahn.

Als Beauftragter des Arbeiter- und Soldatenrates ist für den Magistrat Kobylin an Stelle des Herrn Pastor Flieger Herr Müllermeister Robert Bocksch-Kobylin bestellt worden.

Krotoschin, den 31. Dezember 1918.

Arbeiter- und Soldatenrat.  
W. Fritsch, Hönsch, Bolewski.

## Nichtamtlicher Teil.

### Steuerpläne und Reichsregierung.

Aus Berlin wird von amtlicher Stelle gemeldet: Der Weltkrieg hat dem deutschen Volke ungeheure Lasten auferlegt. Sie können nur getragen werden, wenn sie gerecht verteilt werden. Deshalb sind Vermögen und Einkommen in jeder Form erheblich schärfer als bisher heranzuziehen.

Ein durchgreifender Ausbau der direkten Steuern muß die Grundlage des neuen Steuerwesens bilden. Es ist ungefümt in Angriff genommen worden. Zu diesem Zwecke hat der Rat der Volksbeauftragten in einem Vernehmen mit dem Staatssekretär des Reichsschatz-amtes folgendes beschlossen:

1. Zunächst sollen die Kriegsgewinne eingezogen werden, und zwar in der Form 1. einer außerordentlichen Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1919, welche die durch Besch vom 26. Juni 1918 eingeführte Abgabe vom Mehreinkommen und vom Vermögen der Einzelpersonen auf ein weiteres Jahr erstreckt und die Erhebung der Mehrabgabe vom Mehrgewinn der Gesellschaften für das fünfte Kriegsgeschäftsjahr fortgesetzt wird, nachdem durch Verordnung vom 15. November 1918 bereits die Bildung einer Kriegsteuerrücklage in Höhe von 80 v. H. des Mehrgewinnes gegenüber bisher 60 v. H. vorgeschrieben worden ist; 2. einer außerordentlichen Abgabe vom Vermögenszuwachs, durch welche die während der gesamten Dauer des Krieges entstandene Vermögensermehrung dergestalt erfasst werden soll, daß sie unter Schonung kleiner Beträge in vollem Umfange wieder der Allgemeinheit zugeführt wird. Die bereits aus Grund des Kriegsteuergesetzes vom 21. Juni 1916 gezahlte Steuer wird angerechnet.

2. Von dem nach Einziehung der Kriegsgewinne verbliebenen Vermögen soll eine große allgemeine Vermögensabgabe erhoben werden, die in starker Progression ansteigt, jedoch die Grenze der volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit nicht überschreitet, Familienstand, Alter und Erwerbsfähigkeit des Steuerpflichtigen berücksichtigen und zum mindesten in der Art ihrer Erhebung den verschiedenen Cattungen der Vermögensanlage Rechnung tragen wird. Die Veranlagung muß auf einem bestimmten Stichtag abgestellt werden. Um jedoch die hiermit verbundenen unvermeidlichen Unzulänglichkeiten auszugleichen, insbesondere auch das sich noch unrichtig bildende Vermögen in entsprechender Weise zu belasten, soll im Anschluß an die Vermögensabgabe ein Ausbau der Besitzsteuer erfolgen.

3. Die hohen Einkommen sollen stärker belastet werden, indem eine Reichseinkommensteuer mit weitergehender Progression mindestens für diese Einkommenssteuerarten eingeführt wird.

4. Die einzelnen Einkommenquellen sollen in erweitertem Umfange der Besteuerung erschlossen und dem Reich zugänglich gemacht werden. Eine Kapitalertragssteuer soll die Erträge des Kapitals (Kupon, Dividenden, Hypothekenzinsen usw.), eine Betriebsertragssteuer, die einen gewissen Mindestbetrag überschreitenden Gewinn der geschäftlichen Unternehmungen erfassen.

5. Die Erbschaftsteuer soll unter Weiterführung der Progression stark erhöht werden. Sie soll auf Abkömmlinge und Ehegatten ausgedehnt werden. Für die Erhebung des Abgabefalles soll nicht nur der Betrag der Erbschaft, sondern auch die Vermögenslage des Erben berücksichtigt werden.

6. Eine besondere Abgabeordnung soll dafür sorgen, daß die zu erlassenden Gesetze auch wirksam, gleichmäßig und gerecht ausgeführt werden. Die Veranlagung soll überall in die Hände finanztechnischer, besonders vorgebildeter Personen gelegt werden, soweit nicht schon die neu zu belebende Steuermoral zu einer wirtschaftsgemäßen Einschätzung führt, soll sie durch staatliche Zwangsmittel unbedingt gesichert werden.

Die Entwürfe zu 1 (Einzählung der Kriegsgewinne) sind bereits fertiggestellt. Ihre Veröffentlichung ist angeordnet. Auch die übrigen Maßnahmen sind in Angriff genommen und sollen so schnell wie möglich zum Abschluß gebracht werden.

### Die Lage in Oberschlesien.

Zarnowitz, 1. Januar.

Die Arbeiter der Friedensgrube, die am Sonnabend in den Ausstand getreten waren, hatten den Direktor Busch durch Todesdrohung gezwungen, ihre unsinnigen Forderungen zu bewilligen. Die übrigen Beamten der Grube knüpften darauf Verhandlungen über Wiederaufnahme der Arbeit mit den Arbeitern an, die erfolglos blieben. Als am Montag erneute Verhandlungen zwischen Bergwerksbeamten und den Sicherheitsbeamten der Arbeiter erfolglos blieben, erklärten die Bergwerksbeamten, nun auch ihrerseits zu streiken, um so die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit zu zwingen. Bezeichnend für das Vertrauen, welches die Sicherheitsmannschaften der Belegschaft ihren eigenen Genossen entgegenbringen, ist, daß sie sofort nachdem die Bergwerksbeamten die Werke verlassen hatten, die Kasse, das Kessel- und Maschinenhaus besetzten, um sie vor Plünderung und Demolierung zu bewahren. Darauf fuhren die Arbeiter am Nachmittage an und förderten nur 400 Wagen gegen 1500 an sonstigen Tagen. Angesichts dieses schlechten Ergebnisses begaben sich die Sicherheitsmannschaften der Belegschaft zum Direktor Busch, um ihn zu bitten, die Beamten zur Wiederaufnahme der Arbeit zu veranlassen. Die Arbeiter würden dann ihrerseits die Arbeit auch wieder aufnehmen. Außerdem erklärten sie sich bereit, den Direktor Busch um Verzeihung zu bitten. Dieser veranlaßte darauf die Wiederaufnahme der Arbeit durch die Beamten, worauf die Gesamtarbeit auf Friedensgrube wieder aufgenommen wurde.

### Die Nationalversammlung in den besetzten Gebieten.

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Darmstadt: Zusage des französischen Armeekommandos an die besetzte Regierung: Gemäß den vom Oberbefehlshaber der alliierten Truppen empfangenen Befehlen werden folgende Erleichterungen gewährt, um den Deutschen zu erlauben, die Wahlen für die Nationalversammlung in dem besetzten Rheinland vorzunehmen: 1. Es werden ohne Einschränkung Berichte erlaubt, welche die Vorbereitungen der Wahlen und die Wahlen selbst betreffen und welche durch die regelrechten Verwaltungsbehörden ausgefertigt sind. 2. Es wird durch die alliierten Truppen Freiheit der Presse und Freiheit der Versammlung gewährt, soweit sie sich mit der Aufrechterhaltung der Ordnung und mit dem vorwärtigen Auftreten der Bevölkerung den alliierten Armeen gegenüber vertragen. 3. Der Eintritt in das besetzte Gebiet oder der Austritt nach dem unbesetzten Deutschland kann denjenigen Personen gestattet werden, die von den anerkannten deutschen Verwaltungsbehörden mit einem Gesuch um Ausstellung eines Passes versehen sind. Der Oberbefehlshaber der Arme prüft diese Gesuche. Das Telegramm ist unterzeichnet von dem Oberkommandierenden in Mainz, General Mangin.

### Neujahr in der Reichshauptstadt.

Berlin, 21. Januar.

Das Berliner Straßenschild am Neujahrstage zeigte, wie der „Berliner Lokal-Anzeiger“ schreibt, so recht den Umschwung der Regierung. Statt des früheren glänzenden militärischen Bildes gab es nun einen Massenparadezug nach den Linden, dem Schloß und dem Marktplatz. Eine tiefste Kundgebung von Katholiken und Protestanten im Zirkus Busch unter freiem Himmel im Lustgarten diente in erster Linie dazu, die beiden Kandidaten Dr. Maximilian Weißer vom Zentrum und den evangelischen Pfarrer Decker als Kandidaten für die Nationalversammlung zu empfehlen und gegen Adolf Hoffmann zu demonstrieren. Nach der Versammlung zog man zum Kultusministerium. Am dem Zug beteiligten sich etwa 60000 Personen. Die Reichsflaggen und schwarz-rot-goldene Banner wurden mitgeführt. Der Zug bewegte sich am Dom und der Hedwigskirche vorbei unter den Linden entlang zum Kultusministerium. Dann wurde der Versuch gemacht, Adolf Hoffmann in dem Hause zu finden, was sich als vergeblich erwies, dann ging es zum Reichskanzlei. In sechs großen Versammlungen der Reichstagsfraktionen wurde gegen Spartakus und gegen die überhöhten Lohnforderungen gewisser Arbeiter, ebenso wie gegen den Polizeipräsidenten Eichhorn polemisiert.

### Die Räumung Rigas.

Riga, 1. Januar.

Am Silvestertag haben die deutschen Streitkräfte der Eisernen Division ihre Stellung bei Jirzenberg geräumt und sich auf die Gegenstellung zurückziehen müssen, die nur wenige Kilometer von Riga entfernt ist. Der deutsche Gesandte, der sich tags zuvor in die vorderste Stellung begeben hatte, um sich über die Lage zu unterrichten und die Truppen zum Widerstand anzufeuern, traf die Streitkräfte bereits in einer so bedrohlichen Lage, daß ein Halten der Stellung am Jirzenberg unmöglich erschien. Mit dem Augenblick, in dem die Truppen der Bolschewiki die Gegenstellung erreicht hatten, ist die Räumung Rigas unvermeidlich geworden. Die englische Flotte hat sich außerstande erklärt, ihrerseits helfend und schützend einzugreifen. Unter diesen Umständen ist, nachdem der Abtransport aller Truppen sich vollzogen hat, die Räumung Rigas noch im Laufe dieser Woche beschlossen worden. Die Akten der Gesandtschaft und der größte Teil des Personals sind bereits nach Mitau übergeben. Der Gesandte mit seinem engsten Stab ist noch in Riga geblieben, um erst im letzten Augenblick gemeinsam mit der provisorischen lettischen Regierung ebenfalls nach Mitau zu gehen. Da noch tausend reichsdeutsche sich in Riga aufhalten und große Werte an Privatbesitz und Heeresgut noch nicht abtransportiert worden sind, wird auch nach der Ueberlieferung der Gesandtschaft nach Mitau ein Vertreter des Gesandten mit einigen Hilfsarbeitern in Riga bleiben, um die reichsdeutschen Interessen auch gegenüber den Bolschewiki zu vertreten.

### Rosa Luxemburgs Programm.

Berlin, 1. Januar.

In der letzten Nachmittagsjagung des Spartakusbundes jagte Rosa Luxemburg über das politische Aktionsprogramm des Bundes u. a.: Wir müssen uns auf eine Periode sehr scharfer Zusammenstöße gefaßt machen. Als erste Richtlinie ergibt sich der Sturz der Regierung Ebert-Scheidemann und die Ersetzung derselben durch eine proletarische Regierung. Wir müssen die Regierung unterminieren durch einen revolutionären Massenkampf des Proletariats auf Schritt und Tritt. Liebknecht führte aus, die Internationalisierung des Bürgerkrieges ist das, was wir zunächst zu erwarten haben. Radek brachte uns gestern einen Brudergruß der Sowjetregierung. Unsere Antwort soll sein: der gemeinsame Kampf des deutschen und des russischen Proletariats im Wasserrock gegen den gemeinsamen Entente Feind.

### Bolschewistische Raubzüge.

Stockholm, 2. Januar.

Aus dem Vorgehen der Bolschewiki in den Ostseeprovinzen geht immer deutlicher hervor, daß es sich in erster Linie um einen Raubzug zur Verproviantierung Petersburgs handelt. Die Esten gehen unter dem Schutz englischer Schiffe vor. Die Bolschewiki ziehen sich zurück. In Finnland wird ein Freiwilligenkorps von 2000 Mann gebildet, das den Esten zur Hilfe kommen soll.

### Die Stellung der süddeutschen Staaten.

München, 1. Januar.

In verschiedenen Aussprachen der Regierungen Bayerns, Württembergs, Badens und Hessens, die am 27. und 28. Dezember in Stuttgart stattfanden, wurde einmütig beschlossen, künftig gemeinsam hinzuwirken auf: 1. Neueinrichtung des deutschen Reiches auf bundesstaatlicher Grundlage, 2. Schaffung einer aktionsfähigen Reichsregierung und der Nationalversammlung, 3. schnellste Herbeiführung des Friedens für das Deutsche Reich.

Die am 27. Dezember in Stuttgart versammelten Vertreter der Regierungen der süddeutschen Staaten von Bayern, Württemberg, Baden und Hessen sind dahin übereingekommen, in den Fragen des Lebensmittellebens aus dem Auslande ein gemeinschaftliches Vorgehen anzustreben.

### Die Gefahren des Sieges.

Zürich, 2. Januar.

Der „Neuen Züricher Zeitung“ zufolge bringt der „Secolo“ einen aufsehenerregenden Artikel über die Liga der Nationen und die Gefahren des Sieges. Es heißt darin zum Schluß, daß der Vierband unter allen Umständen auf der Friedenskonferenz eine feste, lange Zeit dauernde Neuordnung in Europa beschließen müsse. Wenn er jetzt seinen Gegnern einen Gewaltfrieden aufzwingt und die während des Krieges gemachten Verprechungen als wertlose Papierfetzen behandle, gerate er in Gefahr, daß ihm durch äußere und innere Schwierigkeiten das gleiche Schicksal widerfähre, das er den Mittelmächten bereite. Sofern Europa 1919 keinen dauernden Frieden zustande bringe werde dem Weltkrieg die Weltrevolution nachfolgen.

### Die deutsche Friedensdelegation.

Wie der Berliner Vertreter von zukünftiger Seite hört, wird die deutsche Friedensdelegation von einem Diplomaten, der genauer Kenner der Westmächte ist (Lichnowski?) geführt werden. Auch Staatssekretär Erzberger wird ebenso wie die Gesandten v. Pantel und Rosen der Delegation angehören. Der frühere Staatssekretär von Kühlmann, der ebenfalls genannt worden ist, kommt als Unterhändler nicht in Betracht.

### Aus Stadt und Provinz.

Krotoschin, den 4. Januar 1918.

### Krotoschin in polnischer Gewalt.

Am Neujahrstage nach 6 Uhr abends zogen polnische Truppen, ohne Widerstand zu finden, in Krotoschin ein und besetzten alle öffentlichen Gebäude. Am andern Tage wurde durch Plakate bekannt gegeben, daß die Kommandogewalt in polnische Hände übergegangen sei. Die polnischen Bürger schmückten aus diesem Anlaß ihre Häuser mit polnischen Fahnen und Abzeichen. Besonders der Markt und die Kaiserstraße zeigten ein recht buntes und ungewohntes Bild. Die polnische Bevölkerung verhält sich in der Mehrzahl der deutschen gegenüber rücksichtslos.

\* Ablieferung von Heeresgut! Für die Verwertung von schwerwiegenden Heeresgütern für unsere Volkswirtschaft ist im Bereiche der Finanzverwaltung ein besonderes Amt, das Reichsverwaltungsamt, geschaffen worden, das dem Reichshauptamt untersteht. Die Ueberführung aller Güter aus der Militärverwaltung in die Verwaltung des Reichsverwaltungsamtes ist vom Kriegaministerium bereits in die Wege geleitet. Auch die Wiederherbeischaffung von gestohlenem Heeresgut gehört zu den Aufgaben des Reichsverwaltungsamtes. Das Reichsverwaltungsamt weist deshalb heute in einem Insekt darauf hin, daß nach dem von der Reichsregierung am 11. Dezember 1918 erlassenen Gesetz jeder, der die angeordnete Ablieferung unterläßt, sich also noch unrechtmäßiger Weise im Besitz von Heeresgut befindet, mit Gefängnis bis zu 5 Jahren und mit Geldstrafe bis zu 100000 Mark bestraft wird.

\* Der Januar im Volksmunde. Frau Sonne eilt nun zwar wieder auf uns, auf die nördliche Erdhalbkugel, zu, allein ihre Wärme spendung ist noch eine recht geringe. Mit Recht lag daher auch das Volk: „Januarsonne hat weder Kraft noch Wärme.“ Ein kalter Januar ist unseren Landwirten am liebsten, denn einen solchen erachten sie als ein günstiges Vorzeichen für die Entwiklung der Saaten im Frühling. Es heißt: „Januar kalt, das gefüllt“. Das Gegenteil gilt von einem milden Januar. Man sagt: „Regen im Januar bringt der Saat Gefahr“ und „Wächst das Korn im Januar, wird es auf dem Markte rar“. Neben Räte sind der ländlichen Bevölkerung besonders erwünscht während des Januars reichliche Schneefälle gemäß dem Sprichlein, das da lautet: „Januar Schnee zu Haus — Bauer, halt den Sack auf“. Von einem seuchten Januar erwartet man ein trockenes und raubes Frühjahr, von einem hellen und weichen aber einen heißen Sommer. Für die menschliche Gesundheit ist auch nur ein kalter Januar zuträglich, nicht ein milder. Bezüglich eines milden sagt man: „Die Kirchhöfe werden gefüllt, wenn im Januar der Südwind blüht“.

\* hinaus aufs Land. An die vom Kriege heimkehrenden Landarbeiter und an alle, die vor dem Kriege auf dem Lande tätig waren, ergeht abernach vom Reichsarbeitsamt der dringende Ruf, nicht in die Städte und Industriebezirke zu gehen, wo es an Wohnungen fehlt und die Arbeitsgelegenheit knapp ist, sondern aufs Land, wo eine durchgreifende Umgestaltung der Besitzverhältnisse im Gange ist und wo Hunderttausende von selbständigen Bauernstellen geschaffen werden sollen. Die Ausnahmegesetze gegen die Landarbeiter sind aufgehoben. Für die Herstellung der nötigen Wohnungen und für Pachtland wird durch Gesetz gesorgt. Wer sich auf die Landwirtschaft versteht oder willens ist, sie zu erlernen, sollte aufs Land gehen. Wer Arbeit auf dem Lande sucht, wende sich an seine alte Stelle oder an den Arbeitsnachweis seines Heimatbezirks. Wer sich als selbständiger Besitzer oder ländlicher Handwerker ansiedeln will, wende sich unter Angabe seiner Wünsche und Vermögensverhältnisse an eine der gemeinnützigen An siedlungsvereinigungen.

\* Die Finsternisse des Jahres 1919. Wie im Vorjahre werden auch in diesem Jahre zwei Sonnenfinsternisse und eine Mondfinsternis stattfinden. Die erste Sonnenfinsternis wird am 29. Mai, die zweite am 22. November in Erscheinung treten. Die erste wird eine totale, aber in unseren Breiten nicht sichtbar, die zweite eine ringförmige sein. Diese wird teilweise in Deutschland beobachtet werden können und zwar in Gebieten westlich der Linie Darmstadt-Dortmund. Die Mondfinsternis beginnt um Mitternacht des 7. Novembers. Sie ist eine partielle von geringer Ausdehnung und ist auch in Deutschland wahrnehmbar.